

## **Fragen**

### **für die Sitzungswoche des Deutschen Bundestages**

**vom 20. Juni 1977**

---

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . . . .	2
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen . . . . .	2
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz . . . . .	7
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen . . . . .	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft . . . . .	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten . . . . .	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . . . . .	11
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung . . . . .	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit . . . . .	15
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen . . . . .	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau . . . . .	21
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen . . . . .	22
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie . . . . .	22
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft . . . . .	23
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit . . . . .	24

## Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien für die Fragestunde

### Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter  
**Dr. Czaja**  
(CDU/CSU) Hat das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung die Rede von Präsident Carter in South Bend zur Außenpolitik und zu menschenrechtlichen Fragen übersetzt und in seinen Informationen so verbreitet wie die Reden Breschnews und gegebenenfalls wann?

### Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

2. Abgeordneter  
**Lintner**  
(CDU/CSU) Welche Bundesländer haben sich bisher gegenüber der Bundesrepublik Deutschland bereit erklärt, die Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkommission in welchem Umfang zu berücksichtigen?
3. Abgeordneter  
**Dr. Bötsch**  
(CDU/CSU) Treffen die Meldungen in der Tageszeitung „Die Welt“ vom 2. Juni 1977 zu, daß im neuen Länderverzeichnis des Auswärtigen Amtes in der Spalte „Bezeichnung des Staatsbürgers“ bei der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr „Deutscher“ angegeben ist, obwohl nach den Bestimmungen des Grundgesetzes es in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR nur eine einheitliche Staatsangehörigkeit, nämlich „Deutsch“ gibt?
4. Abgeordneter  
**Dr. Bötsch**  
(CDU/CSU) Was hat die Bundesregierung gegebenenfalls veranlaßt, ihr Länderverzeichnis in der in der Tageszeitung „Die Welt“ angegebenen Form zu gestalten?
5. Abgeordneter  
**Dr. Mertes**  
(Gerolstein)  
(CDU/CSU) Wie hat die Regierung der USA auf den DDR-Vorschlag des Abschlusses eines Konsularabkommens reagiert, das nach der Ansicht der DDR auch Ost-Berlin einschließen müßte?
6. Abgeordneter  
**Dr. Mertes**  
(Gerolstein)  
(CDU/CSU) Steht die Bundesregierung mit der Regierung der USA — für den Fall solcher Verhandlungen — in Verbindung, um unseren Standpunkt in der Frage der einen deutschen Staatsangehörigkeit Geltung zu verschaffen?
7. Abgeordneter  
**Dr. Hupka**  
(CDU/CSU) Wie erklärt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Zahl der Aussiedler aus der Sowjetunion von Januar bis Mai 1977 im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahrs um nahezu die Hälfte zurückgegangen ist, nämlich um 2 165 niedriger liegt als von Januar bis Mai 1976?
8. Abgeordneter  
**Niegel**  
(CDU/CSU) Welche Schritte hat die Bundesregierung u. a. bei der Regierung der Volksrepublik Polen unternommen, um die während des Krieges ausgelagerten wertvollen deutschen Kulturgüter, darunter Original-

- partituren von Mozart und Beethoven, der Deutschen (Preußischen) Staatsbibliothek, die zunächst im Kloster Grüssau (Schlesien), dann in einem Gymnasium in Breslau (St. Matthäus-Gymnasium) und später in der Ossolińskischen Bibliothek aufbewahrt wurden, zurückzuholen, und hat die Bundesregierung dabei darauf hingewiesen, daß die Bundesrepublik Deutschland der Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs ist und deshalb Anspruch auf die aus Kriegsgründen ausgelagerten deutschen Kulturgüter hat?
9. Abgeordneter  
**Dr. Kunz**  
**(Weiden)**  
(CDU/CSU)      Wie viele Beamte des gehobenen und höheren Dienstes sind seit 1969 im Auswärtigen Amt auf Auslandsposten verwendet worden, die die Ausbildungsstätte des Auswärtigen Amts nicht regulär durchlaufen haben, und wie hat sich seit 1969 der prozentuale Anteil dieser Kategorie an der Gesamtzahl der Beamten des Auswärtigen Amts auf Auslandsposten verändert?
10. Abgeordneter  
**Dr. Voss**  
(CDU/CSU)      Sind Pressemeldungen zutreffend, daß die Schließung des Konsulats in Windhoek (Namibia) bereits zum 1. August 1977 vorgesehen ist, statt wie bisher gemeldet zu einem erheblich späteren Zeitpunkt?
11. Abgeordneter  
**Dr. Voss**  
(CDU/CSU)      Ist die Bundesregierung bereit, die von ihr angegebenen Gründe für die Schließung des deutschen Konsulats auf Grund neuer Erkenntnisse eingehend zu überprüfen?
12. Abgeordneter  
**Dr. Czaja**  
(CDU/CSU)      Teilt die Bundesregierung die Auffassung des amerikanischen Präsidenten Carter in seinem Bericht über die praktischen Auswirkungen der Konferenz von Helsinki, daß bei dem Treffen in Belgrad „einer Prüfung des Grades der Verwirklichung der Menschenrechte Vorrang einzuräumen“ sei (Nachrichtenspiegel I vom 7. Juni 1977), wobei es nicht um Polemik, sondern um Erörterung tatsächlicher Verletzungen der Menschenrechte geht?
13. Abgeordneter  
**Dr. Czaja**  
(CDU/CSU)      War die Gruppe von 60 Personen aus der Bundesrepublik Deutschland, die am letzten deutsch-sowjetischen Kolloquium in Moskau teilnahm, von amtlichen Stellen der Bundesrepublik Deutschland benannt, oder war ihre Teilnahme mit öffentlichen Mitteln finanziert worden?
14. Abgeordneter  
**Dr. Czaja**  
(CDU/CSU)      Was beabsichtigt die Bundesregierung im Sinne der Loyalitätspflicht der deutschen Verfassungsorgane gegen die ständigen Aggressionen von amtlichen Stellen der Volksrepublik Polen gegen das Bundesverfassungsgericht, das bei Auslegung des Grundgesetzes höchstes deutsches Verfassungsorgan ist, zu unternehmen?
15. Abgeordneter  
**Sauer**  
**(Salzgitter)**  
(CDU/CSU)      Welche Erkenntnisse und Folgerungen gedenkt die Bundesregierung aus der der historischen Wahrheit Hohn sprechenden Behauptung des polnischen Vertreters Professor Marian Dobrosielski zu ziehen, der anlässlich des Forums Bundesrepublik Deutschland—Volksrepublik Polen (Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik) behauptet hat, „Polen habe niemanden vertrieben und vertreibe niemanden“?

**Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern**

16. Abgeordneter  
**Becker**  
(Nienberge)  
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob in einzelnen Bereichen des öffentlichen Dienstes mehrere Millionen Überstunden angefallen sind, die offensichtlich nur durch Einstellung von Arbeitskräften abgebaut werden können, und ist die Bundesregierung bereit, in ihren Verantwortungsbereichen die Einstellung von Arbeitskräften zum Abbau der Überstunden vorzunehmen?
17. Abgeordneter  
**Hartmann**  
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung Veranlassung, gemäß § 12 Abs. 1 Nr. 1 des Atomgesetzes durch — gegebenenfalls entsprechend fortzuschreibende — Rechtsverordnung zu bestimmen, welche Vorsorgemaßnahmen nach dem derzeitigen Stand von Wissenschaft und Technik gegen Schäden durch die Errichtung und den Betrieb von Anlagen zur Erzeugung oder zur Spaltung von Kernbrennstoffen oder zur Aufarbeitung bestrahlter Kernbrennstoffe (§ 7 Abs. 2 Nr. 2 des Atomgesetzes) zu treffen sind, und wie begründet sie ihre Haltung?
18. Abgeordneter  
**Hartmann**  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung — sollte sie die Vorschrift des § 12 Abs. 1 Nr. 1 des Atomgesetzes nicht als ausreichende Ermächtigungsgrundlage für den Erlaß einer Rechtsverordnung zur Ausführung des § 7 Abs. 2 Nr. 2 des Atomgesetzes ansehen — bereit, eine ausreichende Ermächtigungsvorschrift durch entsprechende Novellierung des Atomgesetzes herbeizuführen?
19. Abgeordneter  
**Dr. Waigel**  
(CDU/CSU)
- Wie ist es zu erklären, daß die Bundesregierung am 24. März 1977 auf eine entsprechende Frage mitteilte, sie habe keine Schätzungen über die Kosten durchgeführt, die den Betrieben durch statistische Erhebungen für staatliche Stellen entstehen, während sie am 18. März 1977 auf eine ähnliche Frage ausführte, es gebe für die Berechnung dieser Kosten ein erprobtes Kalkulationsschema?
20. Abgeordneter  
**Dr. Waigel**  
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, Verfahren zur Vorausschätzung der Kosten, die den Betrieben durch die Ausführung von Gesetzen entstehen, entwickeln zu lassen oder bereits laufende Untersuchungen über die Auswirkungen neuer Gesetze auf den Arbeits- und Personalaufwand im öffentlichen Dienst auf die Auswirkungen dieser Gesetze bei den Betrieben auszudehnen?
21. Abgeordneter  
**Regenspurger**  
(CDU/CSU)
- Wie soll nach den Vorstellungen der Bundesregierung das Verhältnis des nach dem Aktionsprogramm zur Dienstrechtsreform vorgesehenen „Spitzenbeamten auf Zeit“ zum „politischen Beamten“, der jederzeit in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden kann, gestaltet sein?
22. Abgeordneter  
**Regenspurger**  
(CDU/CSU)
- Werden beide Institute denselben Personenkreis erfassen, und wenn ja, sollen die Inhaber dieser Positionen dann sowohl auf Zeit bestellt sein, als auch jederzeit in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden können?

23. Abgeordneter  
**Dr. Hupka**  
(CDU/CSU)
- In welcher Weise zeigt sich die Bundesregierung einer Meldung der „Neuen Zürcher Zeitung“ zufolge an dem Projekt der britischen Rundfunkgesellschaft BBC „interessiert“, in London einen mehrsprachigen Sender für die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft einzurichten, und gibt es bereits konkrete Anhaltspunkte für dieses Projekt?
24. Abgeordneter  
**Dr. Hüsch**  
(CDU/CSU)
- In welcher Weise wird die Bundesregierung auf die insoweit zuständige Landesregierung Nordrhein-Westfalen einwirken, die Ursachen der seit langem bekannten Verschmutzung des Rheins aus dem Kölner Randkanal auszuräumen?
25. Abgeordneter  
**Dr. Wittmann**  
(München)  
(CDU/CSU)
- Wieviel Fälle sind der Bundesregierung bisher bekannt geworden, in denen ausländische Nachrichtendienste unter Bezugnahme auf in der Kriegsgefangenschaft zwangsweise abgegebene Verpflichtungserklärungen Deutsche zur Tätigkeit für diese Nachrichtendienste erpreßt oder zu erpressen versucht haben?
26. Abgeordneter  
**Dr. Wittmann**  
(München)  
(CDU/CSU)
- In welchem Ausmaß haben Morde und Sittlichkeitsverbrechen an Kindern in den letzten fünf Jahren (nach der Kriminal- bzw. Polizeistatistik) zugenommen?
27. Abgeordneter  
**Dr. Wittmann**  
(München)  
(CDU/CSU)
- Gibt es Anzeichen dafür, daß bei bestimmten Delikten zunehmend deren Anzeige von Betroffenen unterlassen wird?
28. Abgeordneter  
**Dr. Kunz**  
(Weiden)  
(CDU/CSU)
- Gibt es Beamte in der Bundesverwaltung, die sich im Haushaltsjahr 1976 freiwillig haben zurückstufen lassen?
29. Abgeordnete  
**Frau**  
**Dr. Wilms**  
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die erhebliche Verschmutzung des Rheins nördlich von Köln, die seit Jahren durch Abwässer und Geschwemmels aus dem Kölner Randkanal auftreten, und wird sie sich dafür einsetzen, daß die Situation verbessert wird?
30. Abgeordneter  
**Sauer**  
(Salzgitter)  
(CDU/CSU)
- Durch welche Maßnahmen stellt die Bundesregierung sicher, daß die jugendlichen Aussiedler aus den deutschen Ostgebieten, die zur Zeit unter polnischer Verwaltung stehen, bzw. aus Polen nach Eintreffen in der Bundesrepublik Deutschland nicht weiterhin polnischen Einflüssen ausgesetzt sind, nachdem es in Bremen kürzlich durch die entsprechend pro-polnisch-agitatorische Tätigkeit der Studienrätin Felicja Slawatycka zu heftigen Protesten deutscher Eltern gekommen war, die sich als Spätaussiedler über eine derartige Beeinflussung ihrer Kinder besonders empörten?
31. Abgeordnete  
**Frau**  
**Dr. Walz**  
(CDU/CSU)
- Gibt es konkrete Überlegungen oder Vorstellungen der Bundesregierung, die schon früher von den verschiedenen Parteien diskutierte und neuerdings wieder (Rheinischer Merkur Nr. 19 vom 13. Mai 1977, Seite 12) erhobene Forderung, zur Verbesserung des Mitspracherechts und der Mitbestimmung von Lesern, Rundfunkhörern und Fernsehschauern eine zentrale Beschwerdestelle einzurichten, in irgendeiner Form zu realisieren?

32. Abgeordnete  
**Frau  
Dr. Walz**  
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, zu diesem Zweck durch eine Novellierung des im vergangenen Jahr in Kraft getretenen Gesetzes zur Gewährleistung der Unabhängigkeit des vom Deutschen Presserat eingesetzten Beschwerdeausschusses den Deutschen Presserat in einen Medienrat umzuwandeln?
33. Abgeordneter  
**Dr. Hornhues**  
(CDU/CSU) Hat es zwischen dem Bundesaußenministerium und dem Bundesinnenministerium Differenzen bezüglich der Beurteilung der Einreise von MIR-Funktionären gegeben?
34. Abgeordneter  
**Dr. Hornhues**  
(CDU/CSU) Hat das Land Bremen Einfluß auf den Bundesinnenminister genommen, Herrn Moreno Burgos aufzunehmen?
35. Abgeordneter  
**Dr. Hornhues**  
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Zusammenhang mit der Festnahme der deutschen Terroristen Norbert Kröcher und Manfred Adomeit am 1. April 1977 in Stockholm neben drei weiteren Ausländern, die unter dem Verdacht stehen, schwedische Politiker entführen zu wollen, auch eine Chilenin verhaftet wurde?
36. Abgeordneter  
**Dr. Hornhues**  
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung eine Zusammenarbeit von Mitgliedern der MIR und deutschen Terroristengruppen ausschließen?
37. Abgeordneter  
**Ey**  
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß es sich bei der chilenischen „Bewegung der revolutionären Linken“ (MIR) um eine militante, marxistisch-leninistische Organisation handelt, die seit 1967 die Verantwortung für bewaffnete Aktionen (Banküberfälle, Einbrüche, Straßenschlachten, Land- und Fabrikbesetzungen usw.) trägt, sich am Vorbild der russischen und kubanischen Revolution orientiert, und ist es zutreffend, daß sich mit Zustimmung des Bundesinnenministers Mitglieder der MIR in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten?
38. Abgeordneter  
**Ey**  
(CDU/CSU) Ist es zutreffend, daß sich unter Mitgliedern der MIR, die sich in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, der Nationalsekretär für Organisationsfragen und Mitglied des Zentralkomitees der politischen Kommission der MIR, Roberto Moreno Burgos, befindet?
39. Abgeordneter  
**Ey**  
(CDU/CSU) Ist es zutreffend, daß Herr Moreno Burgos von 1964 bis 1966 Mitarbeiter des Außenhandelsministeriums in Kuba war, und ist es zutreffend, daß Kuba bereit war, Herrn Moreno Burgos bzw. andere Funktionäre der MIR aufzunehmen?
40. Abgeordneter  
**Ey**  
(CDU/CSU) Ist es zutreffend, daß Herr Moreno Burgos und andere Funktionäre der MIR z. Z. der chilenischen Demokratie für die bewaffnete Auseinandersetzung, die proletarische Revolution und den offenen Bürgerkrieg eingetreten sind?
41. Abgeordneter  
**Biechele**  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung in der Lage, einen genaueren Termin für die Vorlage der Rechtsverordnung zur Beschränkung des Phosphatanteils in Wasch- und Reinigungsmitteln nach § 4 Abs. 2 des Waschmittelgesetzes zu geben, nachdem auf der Jahrestagung

der Fachgruppe Wasser-Chemie in der Gesellschaft Deutscher Chemiker anlässlich der Veranstaltung Wasser Berlin '77 vom 16. bis 18. Mai 1977 über den Phosphatersatzstoff Sisal positive Ergebnisse vorgetragen wurden?

42. Abgeordneter  
**Biechele**  
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Informationen, die Professor Dr. H. Sontheimer, Karlsruhe, auf der 6. Arbeitstagung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke im Rheineinzugsgebiet vom 6. bis 8. Juni 1977 in Wiesbaden mitgeteilt hat, daß die im sog. Chlorid-Übereinkommen vom 3. Dezember 1976 vereinbarte Verringerung der Einleitung von Abfallsalzen von Frankreich durch andere Maßnahmen unwirksam gemacht werde, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, daß die vertraglich vereinbarte Verringerung tatsächlich erreicht wird?
43. Abgeordneter  
**Biechele**  
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die gefährlichen umweltschädlichen Wirkungen der Fluorkohlenwasserstoff-Sprays (FKW-Sprays), nachdem Herstellung und Verkauf dieser Sprays für das gesamte Gebiet der USA innerhalb von zwei Jahren verboten werden soll, und zu welchen Ergebnissen haben die Verhandlungen des Bundesinnenministeriums mit der Aerosolindustrie geführt, FKW-Sprays auf unschädliche Antriebsgase umzustellen?
44. Abgeordneter  
**Biechele**  
(CDU/CSU)
- Werden von der EG die Ergebnisse der amerikanischen Forschung zur Gefährlichkeit der FKW-Sprays immer noch ignoriert, und ist die Bundesregierung bereit, dafür einzutreten, daß zumindest für den Zeitraum, innerhalb dessen die EG Forschungen betreiben will, die mit FKW 11 und 12 gefüllten Sprays gekennzeichnet werden?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz**

45. Abgeordneter  
**Dr. Wittmann**  
(München)  
(CDU/CSU)
- Wann ist mit dem Erlaß einer Rechtsverordnung auf Grund der in § 23 Abs. 3 des Patentgesetzes enthaltenen Ermächtigung zu rechnen, zumal die Bundesregierung auf eine entsprechende Anfrage am 21. Januar 1977 erklärt hat, daß sie „demnächst“ von dieser Ermächtigung Gebrauch machen werde?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen**

46. Abgeordneter  
**Dr. Zimmermann**  
(CDU/CSU)
- Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung noch keinen Gesetzentwurf zur Änderung des Berlinförderungsgesetzes vorgelegt, mit dem die Umsatzsteuerpräferenzen für Zigaretten, Rauchtabak und Branntwein an die ab 1. Januar 1977 wirksam gewordenen Erhöhungen bei der Tabaksteuer und der Branntweinsteuer angepaßt werden, und bis wann ist mit der Vorlage des Gesetzentwurfs zu rechnen?

47. Abgeordneter  
**Dr. Zimmermann**  
(CDU/CSU) Wie hoch sind die Steuermehreinnahmen, die nach der genannten Anpassung der Umsatzsteuerpräferenzen voraussichtlich je Entstehungsjahr eintreten werden?
48. Abgeordneter  
**Wolfram (Recklinghausen)**  
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß gerade aus Gründen der Förderung der Mobilität der Arbeitnehmer vom Prinzip der Zuständigkeit der Finanzämter des ständigen Wohnsitzes bei der Eintragung von Freibeträgen aus Gründen erhöhter Lebenshaltungskosten, Zweithaushaltführung oder Familienheimfahrt bei Arbeitnehmern mit häufig wechselnden Arbeitsplätzen wie Montagearbeiter und Schauspieler abgewichen werden könnte, und wenn ja, welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?
49. Abgeordneter  
**Dr. Häfele**  
(CDU/CSU) Wie hat die Bundesregierung inzwischen über die weitere Verwendung des Gebäudes des französischen Militärlazaretts in Donaueschingen entschieden, nachdem die Bedarfsprüfung der Bundeswehr jetzt wohl abgeschlossen sein dürfte?
50. Abgeordneter  
**Wiefel**  
(SPD) Teilt der Bundesfinanzminister die Auffassung des Deutschen Sportbunds, daß der organisierte Modellflugsport von hoher jugendpflegerischer und erzieherischer Bedeutung und damit auch gemeinnützig ist, und ist der Bundesfinanzminister gegebenenfalls darum auch bereit, der entgegengesetzten Meinung einiger Finanzbehörden der Länder entgegenzutreten und zu erwirken, daß der Modellflugsport als gemeinnütziger Sport Anerkennung findet?
51. Abgeordneter  
**Volmer**  
(CDU/CSU) Entspricht es der familienpolitischen Zielsetzung der Bundesregierung, daß ab Kalenderjahr 1977 für jeden Bediensteten, der die Postkinderfürsorge in Anspruch nimmt, die je Kalenderjahr aufgewendeten Kosten zu sammeln sind und der über 1000 DM hinausreichende Betrag als steuerpflichtiger Nebenbezug zu melden ist, wobei die hierfür anfallenden Steuern und gegebenenfalls Sozialabgaben zu Lasten des Bediensteten gehen?
52. Abgeordneter  
**Volmer**  
(CDU/CSU) Steht der Verwaltungsaufwand für dieses Verfahren in einem angemessenen Verhältnis zu den tatsächlichen Steuermehreinnahmen?
53. Abgeordneter  
**Volmer**  
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, im Rahmen der Kinderfürsorge eine generelle Steuerfreiheit vorzusehen, um insbesondere kinderreichen Familien die Inanspruchnahme zu erleichtern?
54. Abgeordneter  
**Wohlrabe**  
(CDU/CSU) Welche Beträge wurden von der Bundesregierung im Haushaltsjahr 1976 für Telefon- und Telexkosten sowie Portoausgaben aufgewendet, und wie hoch sind die entsprechenden Ansätze für 1977?
55. Abgeordneter  
**Wohlrabe**  
(CDU/CSU) Welche Kosten sind 1976 durch Rechtsstreitigkeiten der Bundesregierung entstanden, welche Beträge sind für 1977 angesetzt, und wie hoch waren weiter die Kosten, die durch die Urteile des Bundesverfassungsgerichts in Sachen „Öffentlichkeitsarbeit“ und „Überschreitung des Budgets“ verursacht wurden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft**

56. Abgeordneter  
**Dr. Hubrig**  
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang wird nach Ansicht der Bundesregierung in der Bundesrepublik Deutschland das Wirtschaftswachstum durch verstärkte Anstrengungen der Energieersparnis beim Primärenergieverbrauch stimuliert oder behindert, und welche Folgerungen ergeben sich hieraus für eine mögliche Entkopplung des Wachstums des Sozialprodukts vom Primärenergieverbrauch?
57. Abgeordneter  
**Dr. Hubrig**  
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang wird der Elektrizitätsverbrauch durch die beabsichtigte Verdrängung des Mineralöls im Rahmen der deutschen Primärenergieversorgung und durch neue Techniken (z. B. Wärmepumpen und Solarenergieanlagen) beeinflusst, und welche Folgerungen ergeben sich hieraus für den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Elektrizitätsverbrauch in der Zukunft?
58. Abgeordneter  
**Dr. Ahrens**  
(SPD)
- Verfügt die Bundesregierung über wissenschaftliche Publikationen, Gutachten, Erfahrungsberichte oder eigene Studien, die ein abgewogenes Urteil über die Preiselastizität der Nachfrage beim Haushaltsstrom und damit über Möglichkeiten und Grenzen einer preispolitischen Nachfragebeeinflussung beim Haushaltsstromverbraucher erlauben?
59. Abgeordneter  
**Dr. Ahrens**  
(SPD)
- Hält die Bundesregierung wirksame preispolitische Maßnahmen, die einerseits eine merkliche Dämpfung der Nachfrage nach Elektrizität im Haushaltsbereich bewirken können, andererseits aber aus allgemeinerwirtschaftlichen Gründen keinen nicht unerheblichen Anstieg des Preisniveaus verursachen dürfen, für möglich?
60. Abgeordneter  
**Dr. Steger**  
(SPD)
- Treffen die vom Bundesverband der Deutschen Industrie in den „Überlegungen zur 2. Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung“ (Köln, März 1977, Seite 9) genannten steuerlichen und genehmigungsrechtlichen Hindernisse bei der Nutzung der Wärme-Kraft-Kopplung zu, und gedenkt die Bundesregierung, diese künftig abzubauen?
61. Abgeordneter  
**Dr. Steger**  
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Gründe, nach § 4a des Investitionszulagengesetzes Altöfen als Möglichkeit zu fördern, Energieeinsparung mit Umweltschutz Gesichtspunkten zu verbinden, und wenn ja, in welchem Umfang wurde von der Förderung Gebrauch gemacht, wenn nein, ist dies künftig, gegebenenfalls unter welchen Bedingungen, geplant?
62. Abgeordneter  
**Engelsberger**  
(CDU/CSU)
- Treffen Pressemeldungen zu, daß bestimmte Energieversorgungsunternehmen nicht bereit sind, den Überschußstrom aus Industriebetrieben oder den Strom von Wasserkraftwerken zu einem angemessenen Preis in ihr Versorgungsnetz zu übernehmen, und ist die Bundesregierung bejahendenfalls bereit, dagegen Maßnahmen zu ergreifen, damit für die deutsche Volkswirtschaft auch diese sicherlich wertvolle Energie genutzt werden kann?

63. Abgeordneter  
**Hauser**  
**(Krefeld)**  
(CDU/CSU)
- Kann man aus der Nichterwähnung des Beirats für gewerblichen Mittelstand beim Bundeswirtschaftsminister in der Drucksache 8/484, in der sämtliche Beiräte und Beratergremien der Bundesregierung aufgezählt werden sollten, schließen, daß die Bundesregierung oder aber der Bundeswirtschaftsminister diesen Beirat nicht kennen oder aber, daß dieser Beirat nur schlicht in Vergessenheit geraten ist?
64. Abgeordneter  
**Hauser**  
**(Krefeld)**  
(CDU/CSU)
- Kann aus der Nichterwähnung des Beirats für gewerblichen Mittelstand geschlossen werden, daß noch weitere Beiräte in der Regierungsantwort nicht erfaßt sind, und kann daraus geschlossen werden, daß die Bundesregierung nicht mehr in der Lage ist, die Vielzahl der Beiräte zu übersehen, die sie selbst ins Leben gerufen hat?
65. Abgeordnete  
**Frau**  
**Simonis**  
(SPD)
- Treffen Berichte zu, nach denen Vorschläge der Monopolkommission zur Errichtung einer Bundesbehörde für die Energiewirtschaft sowie strukturelle Verbesserungen pauschal durch die Bundesregierung abgelehnt wurden, und welche Konsequenzen will die Bundesregierung aus dem Bericht der Monopolkommission ziehen?
66. Abgeordneter  
**Dr. Jobst**  
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Wettbewerbsverhältnisse auf dem Stahlmarkt im süddeutschen Raum angesichts der Tatsache, daß in diesem Bereich der Stahlverbrauch zu Lasten der süddeutschen Stahlindustrie in immer größer werdendem Umfang durch Importe aus Italien gedeckt wird und dies bei einigen Produkten nahezu ausschließlich erfolgt, wird die Bundesregierung Folgerungen aus dieser Beurteilung ziehen, und wenn ja, welche?
67. Abgeordneter  
**Dr. Fuchs**  
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die Kürzung des Haushaltsansatzes für die erweiterte Kohlenfrachthilfe und durch den „Kohle-Pfennig“, der die Gebiete mit überdurchschnittlichen Strompreisen, z. B. Niederbayern, durch die Erhebung nach einem festen Prozentsatz des Strompreises besonders belastet, die Stromkosten gerade in diesen wirtschaftlich schwachen Gebieten weiter überproportional steigen und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in Gebieten mit besonders hoher Arbeitslosigkeit mindern, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um sicherzustellen, daß der Effizienzstatus der Frachthilfen insgesamt wiederhergestellt wird und die Energiekosten in revierfernen Gebieten mehr dem Bundesdurchschnitt angenähert werden?
68. Abgeordneter  
**Dr. Köhler**  
**(Duisburg)**  
(CDU/CSU)
- Ist sich die Bundesregierung der Tatsache bewußt, daß eine Steigerung der Rohstahlproduktion um 1 Million t für die öffentlichen Haushalte zusätzliche Einnahmen bzw. Entlastungen u. a. bei der Lohnsteuer, der Arbeitslosenversicherung, dem Kurzarbeitergeld und der Rentenversicherung in einer Größenordnung von etwa 111 Millionen DM allein im Bereich der Stahlindustrie ergibt, die günstigen Folgewirkungen beim Steinkohlenbergbau nicht mitgerechnet, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um durch einen Ausgleich von Wettbewerbsnachteilen der

- deutschen Stahlindustrie gegenüber ihren ausländischen Mitbewerbern einerseits die Beschäftigungssituation zu verbessern und andererseits die genannten Finanzvorteile für die öffentlichen Haushalte zu bewirken?
69. Abgeordneter  
**Immer**  
(Altenkirchen)  
(SPD) Inwieweit und zu welchem Zeitpunkt ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, die Bestimmungen im Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe regionaler Wirtschaftsstruktur so zu verändern, daß eine Wirksamkeitskontrolle eingeführt, die Rückzahlungsbedingungen verschärft und die Rückzahlungsfrist verlängert werden?
70. Abgeordneter  
**Immer**  
(Altenkirchen)  
(SPD) Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, die durch Bundesgesetze im Bereich der Steuer- und Sozialgesetzgebung ersatzlos belasteten Gemeinden durch gezielte Maßnahmen zu entlasten, damit, insbesondere im ländlichen Raum, eine Mindestausstattung im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen und der verkehrstechnischen Infrastruktur erstmals erreicht bzw. gewährleistet werden kann?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

71. Abgeordneter  
**Dr. Waigel**  
(CDU/CSU) Welches Aufkommen erbrachte die Frischfleischabgabe in den Jahren 1970 bis 1976?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung**

72. Abgeordnete  
**Frau Dr. Neumeister**  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung angesichts der aufgetretenen Härten bereit, eine Änderung des § 48a des Angestelltenversicherungsneuregelungsgesetzes mit dem Ziel in Erwägung zu ziehen, die Vorschrift des § 124 Abs. 6a des Angestelltenversicherungsgesetzes auch auf die Fälle zu erstrecken, in denen die Nachversicherung am 16. Oktober 1972 noch nicht rechtskräftig abgeschlossen war, und ist sie ebenso bereit, innerhalb einer Antragsfrist die Auflassung von Nachversicherungsbeiträgen, die an die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte geleistet worden sind, an die zuständige öffentlich-rechtliche Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung des Antragsstellers zuzulassen?
73. Abgeordneter  
**Dr. Schwencke**  
(Nienburg)  
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Bearbeitungszeit in den Sozialgerichten immer länger wird und die Betroffenen durch Wartezeiten von z. T. mehr als 18 Monaten erhebliche, auch materielle Einbußen hinnehmen müssen, und kann mit Unterstützung der Bundesregierung eine Verbesserung der Lage an den Sozialgerichten geschehen?

74. Abgeordneter  
**Lintner**  
(CDU/CSU)      Wie viele Personen haben die Mobilitätszulage der Bundesanstalt für Arbeit bislang in Anspruch genommen?
75. Abgeordneter  
**Lintner**  
(CDU/CSU)      Wie viele der dabei geförderten Personen mit Wohnsitz im Grenzland haben einen anderen Arbeitsplatz in anderen Gebieten der Bundesrepublik Deutschland angenommen?
76. Abgeordneter  
**Dr. Schöfberger**  
(SPD)      Wie beurteilt die Bundesregierung die unterschiedliche Berücksichtigung der Betriebszugehörigkeit von Angestellten und Arbeitern bei der Berechnung von Kündigungsfristen, und ist an eine künftige Gleichbehandlung — insbesondere im Hinblick auf bestehende Rechtsunsicherheiten (z. B. Beschluß des Arbeitsgerichts Reutlingen vom 3. Juni 1975, BB 1975, 1016) — gedacht?
77. Abgeordneter  
**Dr. von Geldern**  
(CDU/CSU)      Trifft es zu, daß Angestellte, die vor Vollendung des 65. Lebensjahrs von der Möglichkeit Gebrauch machen, vorzeitig in den Ruhestand zu treten, auch bei rechtzeitiger Antragstellung in aller Regel eine dreimonatige Wartezeit nach Beendigung ihres Dienstes in Kauf nehmen müssen, bevor sie von der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte die erste Ruhestandszahlung erhalten, und wenn ja, was denkt die Bundesregierung gegen diesen für die Betroffenen schwer erträglichen Zustand zu unternehmen?
78. Abgeordneter  
**Kirschner**  
(SPD)      Was kann die Bundesregierung dagegen unternehmen, daß Selbständige ihre Ehepartner pro forma mit einem Mindestgehalt anstellen, um eine private Krankenversicherung zu umgehen, und wie hoch ist nach Auffassung der Bundesregierung der aus der beschriebenen Umgehungsmöglichkeit resultierende finanzielle Aufwand insgesamt, den die pflicht- und freiwillig versicherten Arbeitnehmer dafür aufwenden müssen?
79. Abgeordneter  
**Kirschner**  
(SPD)      Wie groß ist die Anzahl der Personen, die sich im Zuge der Rentenreform 1972 mit Beiträgen in die gesetzliche Rentenversicherung eingekauft haben und damit einen kostenlosen Krankenversicherungsschutz für Rentner erworben haben, und wie hoch ist der finanzielle Aufwand der Krankenversicherung der Rentner (KVDR) für diese Personen insgesamt?
80. Abgeordneter  
**Kirschner**  
(SPD)      Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, zu verhindern, daß Personen, die in jungen Jahren zur PKV abgewandert sind, später als höheres Versicherungsrisiko, wenn z. B. das Einkommen von der Beitragspflichtgrenze eingeholt worden ist, wieder in die gesetzliche Krankenversicherung zurückkehren?
81. Abgeordnete  
**Frau Karwatzki**  
(CDU/CSU)      Wann und in welchen Fällen ist das Gesetz über die Feststellung von Mindestarbeitsbedingungen vom 11. Januar 1952 angewandt worden?
82. Abgeordnete  
**Frau Karwatzki**  
(CDU/CSU)      Auf wessen Veranlassung und warum ist das Gesetz über die Feststellung von Mindestarbeitsbedingungen vom 11. Januar 1952 angewandt worden?

83. Abgeordneter  
**Lintner**  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Meinung — wie das Arbeitsamt Hamburg —, daß Zeitungsaktionen und andere private Initiativen, die sich ohne kommerzielle Absicht um die Erweiterung des Lehrstellenangebots bemühen, auf Grund der Bestimmungen des Arbeitsvermittlungsgesetzes nicht zugelassen werden könnten, und ist die Bundesregierung insbesondere auch der Ansicht des Direktors des Hamburger Arbeitsamts (Süddeutsche Zeitung vom 14. Juni 1977), daß Zeitungen Listen von Bewerbern oder Stellenlisten nicht kostenlos veröffentlichen dürften?
84. Abgeordneter  
**Köster**  
(CDU/CSU) Ist es mit § 8 Abs. 1 des Gesetzes zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze vereinbar, wenn ein Bundesland ohne Prüfung der medizinischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Bedarfsgerechtigkeit alle kleineren Krankenhäuser mit weniger als 100 planmäßigen Betten aus der Förderung herausnimmt, und wird die Bundesregierung bejahendenfalls gesetzgeberisch initiativ werden, um sicherzustellen, daß auch Krankenhäuser mit weniger als 100 planmäßigen Betten bei Vorliegen der erforderlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Bedarfsgerechtigkeit in die Förderung einbezogen werden können?
85. Abgeordneter  
**Müller**  
(Berlin)  
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß das Rentenniveau gemäß § 1272 RVO bzw. § 49 AVG immer noch nach einem Altersruhegeld bemessen wird, dem 40 anrechnungsfähige Versicherungsjahre und eine für den Versicherten maßgebende Rentenbemessungsgrundlage von 100 von 100 der allgemeinen Bemessungsgrundlage zugrundeliegt, und dieses 1976 zwar 63,3 Prozent vom durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelt aber nur 44,6 Prozent vom durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelt betrug?
86. Abgeordneter  
**Müller**  
(Berlin)  
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß das Rentenniveau im Jahr 1957, d. h. unmittelbar nach der Rentenreform, 59,2 Prozent vom durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelt und 50,9 Prozent vom durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelt betrug, und dieses Rentenniveau — bezogen auf das durchschnittliche Bruttoarbeitsentgelt — seitdem nicht mehr erreicht wurde?
87. Abgeordneter  
**Müller**  
(Berlin)  
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß das derzeitige relativ günstige Rentenniveau gegenüber dem durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelt nur darauf zurückzuführen ist, daß z. B. der durchschnittliche Bruttoarbeitsentgelt von 1970 bis 1976 zwar um über 75,5 Prozent, der durchschnittliche Nettoarbeitsentgelt wegen der höheren Lohnsteuer und Sozialabgaben im gleichen Zeitraum jedoch nur noch um etwa 60 Prozent gestiegen ist?
88. Abgeordneter  
**Müller**  
(Berlin)  
(CDU/CSU) Wie groß ist zur Zeit der Anteil der Renten in der Arbeiterrentenversicherung mit 45 Versicherungsjahren und einer persönlichen Bemessungsgrundlage von über 150 v. H. der allgemeinen Bemessungsgrundlage?

89. Abgeordnete  
Frau  
Dr. Neumeister  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, ihre Angaben über die durchschnittlichen Ärztteeinkommen im Jahr 1976 kritisch zu überprüfen, nachdem sie eingeräumt hat, daß diese Angaben lediglich auf einer Fortschreibung der Durchschnittseinkommen von 1971 beruhen und die seitdem eingetretene Entwicklung des Praxiskostenanteils sowie der Zunahme der Ärzte kaum berücksichtigen und auch schon damals die Angaben des Statistischen Bundesamts über die Durchschnittseinkommen im Jahr 1975 vorgelegen haben?

### Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

90. Abgeordnete  
Frau  
Dr. Neumeister  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, von weiteren Zulegenkürzungen im Sanitätsdienst der Bundeswehr angesichts der unverändert bestehenden Nachwuchsschwierigkeiten Abstand zu nehmen, nachdem im Sanitätsdienst der Bundeswehr keinerlei Vergütung für Überstunden und Bereitschaftsdienst gewährt wird, und gerade in den letzten Jahren eine Fülle von Aufgaben dem Sanitätsdienst übertragen wurde, die mit dem eigentlichen Dienstauftrag nichts zu tun hat?
91. Abgeordneter  
Milz  
(CDU/CSU)
- Wieviel militärische Übungen jeglicher Art haben seit 1969 bis jetzt im Kreis Euskirchen bzw. in den ehemaligen Kreisen Schleiden und Euskirchen stattgefunden, und wieviel Manöver haben unabhängig davon, bedingt durch die Lage des Truppenübungsplatzes Vogelsang, innerhalb dieses Zeitraums regelmäßig stattgefunden?
92. Abgeordneter  
Lenzer  
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die im Schreiben der Gemeinde Hohenahr vom 8. Juni 1977 an den Bundesverteidigungsminister gerichteten Wünsche, bei der Landbeschaffung für das geplante Tanklager der Bundeswehr einen dem Verkehrswert entsprechenden, von den Bürgern geforderten Preis zu zahlen?
93. Abgeordneter  
Dr. Sperling  
(SPD)
- Welche Vorkehrungen wird die Bundesregierung treffen, um sicherzustellen, daß Abgeordnete, die wichtige parlamentarische Ämter ausüben, bei Veranstaltungen der Bundeswehr einen ihnen gebührenden Platz in den ersten Reihen erhalten?
94. Abgeordneter  
Dr. Sperling  
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, bei der Erstellung einer Sitzordnung für Abgeordnete bei Bundeswehrveranstaltungen zu berücksichtigen, daß es Abgeordnete gibt, die lieber unter dem Volk hinten als vorne unter den Amtsrepräsentanten sitzen?
95. Abgeordneter  
Biehle  
(CDU/CSU)
- Welche Ergebnisse erzielte bisher die Ausstellung „Unser Heer“ u. a. jeweils jährlich zwischen 1970 und heute bei der normalen Beratung von Besuchern. Wehrpflichtigen usw. konkret an Neuverpflichtungen für die jeweiligen Teilstreitkräfte, und wie verhält es sich analog bei den Ausstellungen „Unsere Marine“ und „Unsere Luftwaffe“?

96. Abgeordneter  
**Biehle**  
(CDU/CSU)      Wieviel Planstellen für Z-Soldaten sind im Haushalt 1977 (Einzelplan 14) mit welchen finanziellen Beiträgen ausgewiesen, und welche sind davon auf Grund des echten Personalstands an Z-Soldaten im ersten Halbjahr 1977 ausgeschöpft?
97. Abgeordneter  
**Biehle**  
(CDU/CSU)      Wie hoch wird der eingeplante Besoldungsbetrag für Z-Soldaten sein, der im zweiten Halbjahr 1977 auf Grund der Fehlstellen ebenfalls nicht ausgeschöpft werden kann, und wie hoch sind dazu die Vergleichszahlen und unausgeschöpfter Besoldungsbeträge bei Z-Soldaten jeweils in den Jahren 1975 und 1976?
98. Abgeordneter  
**Nordlohne**  
(CDU/CSU)      Welches sind die dienstlichen Gründe dafür, daß zu dem vom beamteten Staatssekretär Helmut Fingerhut am 8. Juni 1977 im Rathaus der Stadt Jever in Anwesenheit der Vertreter der Stadt Jever, der Gemeinde Schortens, des Landkreises Friesland, der Waffenschule 10 und des zuständigen Standorts geführten Gespräch über die Auflösung der Waffenschule 10 und einer eventuellen Verlegung der Standortverwaltung Jever zwar der SPD-Bundestagsabgeordnete und Bundesminister Dr. Ehrenberg und der SPD-Landtagsabgeordnete Theilen eingeladen wurden, der CDU-Bundestagsabgeordnete und der CDU-Landtagsabgeordnete jedoch keine Möglichkeit erhielten, an diesem Gespräch teilzunehmen?
99. Abgeordneter  
**Nordlohne**  
(CDU/CSU)      Welches waren die dienstlichen Gründe, daß an diesem für den örtlichen Bereich aber auch für das Land Niedersachsen wegen seiner weitreichenden verteidigungspolitischen und wirtschaftspolitischen Konzeptionen bedeutenden Gespräch entgegen früheren Gepflogenheiten das Land Niedersachsen und damit auch der Präsident des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks Oldenburg nicht teilnehmen konnten?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit**

100. Abgeordneter  
**Milz**  
(CDU/CSU)      Kann die Bundesregierung statistische Angaben darüber machen, inwieweit das Gesetz die Möglichkeit einräumt, bei Schwangerschaftsabbrüchen die soziale Indikation in der Weise zu überprüfen, welche soziale Kriterien für die Schwangerschaftsunterbrechung eine Rolle gespielt haben, und mit welcher Häufigkeit die einzelnen Gründe für eine soziale Indikation gegeben waren?
101. Abgeordneter  
**Milz**  
(CDU/CSU)      Ist die Bundesregierung bereit, dafür einzutreten, diskriminierende Bestimmungen in Gesetzen abzuschaffen, die zur Benachteiligung der Berufsausbildung von Mädchen führen, wie dies z. B. bei der Zulassung zum Besuch von Krankenpflege- oder Kinderkrankenpflegesschulen nach dem Krankenpflegegesetz vom 20. September 1965 der Fall ist, wonach Bewerberinnen für die Zulassung zum Besuch eine halbjährige hauswirtschaftliche Tätigkeit ableisten müssen, dies von männlichen Bewerbern jedoch nicht verlangt wird?

102. Abgeordnete  
**Frau  
Schleicher**  
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß sich der Präsident des Bundesgesundheitsamts nicht mit den Zusagen des Instituts für Medizinische Statistik und dessen Mitgliedern zufrieden gibt, im Katastrophenfall dem Bundesgesundheitsamt durch Bekanntgabe der Umsatzzahlen Aufschlüsse über die Verbreitung des betreffenden Präparats zu geben, und ist gegebenenfalls das Verhalten des Präsidenten des Bundesgesundheitsamts geeignet, den Verdacht zu begründen, er wolle die Kenntnis der entsprechenden Zahlen zu anderen Zwecken als denen der Arzneimittelsicherheit verwenden?
103. Abgeordneter  
**Dr. Hupka**  
(CDU/CSU)
- Welche Gründe sind maßgeblich, daß der deutsch-polnische Jugendaustausch seitens der polnischen Regierung restriktiv behandelt wird, obwohl dieser Jugendaustausch im Juni 1976 vereinbart worden war?
104. Abgeordnete  
**Frau  
Verhülsdonk**  
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, eine stärkere Förderung der deutsch-amerikanischen Jugendarbeit vorzunehmen, und wie weit sind die Überlegungen hinsichtlich der Schaffung eines deutsch-amerikanischen Jugendwerks inzwischen gediehen?
105. Abgeordnete  
**Frau  
Dr. Neumeister**  
(CDU/CSU)
- Erwägt die Bundesregierung eine Novellierung des Arzneimittelgesetzes 1976 mit dem Ziel, für die Herstellung und Verabreichung von Blut und Blutbestandteilen spezielle Sondervorschriften vorzusehen, nachdem bereits während der Ausschlußberatungen über das Arzneimittelgesetz 1976 festgestellt worden war, daß die Regelung der Herstellung und Verabreichung von Blut und Blutbestandteilen nicht in die logische Systematik dieses Gesetzes passe?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen**

106. Abgeordneter  
**Hoffie**  
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse des vom ADAC durchgeführten Großtests, bei dem Reifen mit fünf verschiedenen Profiltiefen zwischen 7 mm und 1 mm auf Fahrverhalten und Bremsverzögerung bei trockener bzw. nasser Fahrbahn sowie auf Aquaplaning geprüft wurden, und hält die Bundesregierung die Ergebnisse für so signifikant, daß aus Gründen der Erhöhung der Verkehrssicherheit ernsthaft geprüft werden muß, ob von der bisher gesetzlich vorgeschriebenen Mindestprofiltiefe von 1 mm abgegangen werden und ob man eine neue Mindestprofilhöhe von etwa 2 mm vorschreiben soll?
107. Abgeordneter  
**Dr. Schmitt-  
Vockenhausen**  
(SPD)
- Gedenkt die Bundesregierung, den liegengelassenen Regierungsentwurf für ein Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes im Hinblick auf das Verbot regelmäßigen Parkens schwerer Lastkraftwagen, Anhänger und Omnibusse in Wohngebieten den Wünschen des Deutschen Bundestages entsprechend erneut vorzulegen?

108. Abgeordneter  
**Dr. Schmitt-  
Vockenhausen**  
(SPD)
- Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, um den Städten und Gemeinden sowie den Beteiligungsbehörden von Zuschüssen, die für Straßenbauvorhaben notwendigen Grenzwerte für Lärmschutzmaßnahmen an die Hand zu geben?
109. Abgeordneter  
**Dr. Jahn**  
(Braunschweig)  
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn für die Neugestaltung der Arbeitshallen der Brückenbaumeisterei unter allen Umständen den Standort Lehrte bevorzugt, und wenn ja, ist sie bereit, eine Aufstellung der gesamten Sachmittelausgaben (Spitze — buchmäßig), ohne Personalkosten — da Personal vorhanden ist — für die Standorte Lehrte und Braunschweig vorzulegen?
110. Abgeordneter  
**Dr. Jahn**  
(Braunschweig)  
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, ob sie es für vertretbar hält, über 200 ehemalige Mitarbeiter des Bundesbahnausbesserungswerks täglich um 5.33 Uhr von Braunschweig nach Hannover fahren zu lassen, so daß diese Arbeitskräfte bis zu 2 1/2 Stunden täglich mehr Zeitaufwand benötigen, wenn andererseits nunmehr die Möglichkeit besteht, diese Arbeitskräfte in Braunschweig zu beschäftigen und damit betriebswirtschaftlich zweifelsohne Einsparungen für die Deutsche Bundesbahn eintreten?
111. Abgeordneter  
**Seefeld**  
(SPD)
- Wie steht die Bundesregierung zu der von der Deutschen Gesellschaft für Verkehrsmedizin getroffenen Feststellung, daß das Autofahren unter Medikamenteneinwirkung gegenwärtig juristisch ein „weitgehend noch ungeklärtes Problem“ sei, und welche Folgerungen zieht sie aus ihrer Beurteilung der Sach- und Rechtslage?
112. Abgeordneter  
**Seefeld**  
(SPD)
- Wie läßt sich sicherstellen, Patienten auf die Beeinträchtigung durch Medikamente — auch in Verbindung mit Alkohol — beim Autofahren hinzuweisen?
113. Abgeordneter  
**Dr. Schmitt-  
Vockenhausen**  
(SPD)
- Ist mit dem Teilausbau der Bundesstraße 42 mit Brückenerneuerung im Bereich des Bahnhofs Dornberg in Groß-Gerau alsbald zu rechnen, und was kann die Bundesregierung zur Beschleunigung tun?
114. Abgeordneter  
**Wolfram**  
(Recklinghausen)  
(SPD)
- Trifft es zu, daß die ersten Stellungnahmen zu den Schäden des Erdölausbruchs auf der Bohrinsel Bravo wahrscheinlich irreführend sind, da nach einer vor kurzem veröffentlichten Studie der amerikanischen Woods Hole Oceanographic Institution Ölausbrüche beträchtliche Langzeitwirkungen haben können, und wird die Bundesregierung diesen Aspekt der Sicherheitsproblematik auf EG-Ebene in der Internationalen Energieagentur zur Sprache bringen?
115. Abgeordneter  
**Wolfram**  
(Recklinghausen)  
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, damit bei der Bemühung um eine optimale finanzielle Schadensregulierung ähnlicher Fälle in der Zukunft auch diese Langzeitwirkungen von Ölausbruchkatastrophen ausreichend berücksichtigt wird?

116. Abgeordneter **Seefeld** (SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die in einer Boulevardzeitung zur Absicht des Bundesverkehrsministers, die Breite der Autobahnspuren künftig zu verkleinern, aufgestellte Behauptung von Verkehrsexperten, „engere Fahrspuren bedeuten mehr Unsicherheit; das Überholen wird gefährlich – vor allem für LKW“, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus dieser Beurteilung?
117. Abgeordneter **Dr. Jahn** (Braunschweig) (CDU/CSU) Welche technischen Schwierigkeiten bestehen bei der Deutschen Bundesbahn, die Sommer- und Winterfahrpläne so gleichzuschalten, daß notwendige Fahrplanänderungen nur jährlich vorgenommen werden müßten?
118. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU) Aus welchen Gründen ist die Bundesregierung zu der ab 1. Mai 1977 erfolgten Erhöhung der Fahrpreise für Schülerkarten und Wegfall der Vergünstigung für Geschwisterkarten gekommen, und welche Einsparungen wurden damit erzielt?
119. Abgeordneter **Büchner** (Speyer) (SPD) Liegen der Bundesregierung als Gesellschafter der Nürburgring GmbH Vorschläge einer Kommission vor, die sich im Auftrag des Aufsichtsrats mit den Plänen und der Kostenermittlung für den Neu- bzw. Umbau der Rennstrecke beschäftigen?
120. Abgeordneter **Büchner** (Speyer) (SPD) Hat sich der Aufsichtsrat der Nürburgring GmbH bereits in Einzelheiten mit der zukünftigen Nutzung des Nürburgrings befaßt, und hat die Landesregierung von Rheinland-Pfalz als Mitgesellschafter für künftige Maßnahmen nach ihrer öffentlichen Ankündigung Mittel bereit oder in Aussicht gestellt und gegebenenfalls in welcher Höhe?
121. Abgeordneter **Büchner** (Speyer) (SPD) Welche Informationen hat die Bundesregierung über die Absicht des ADAC und des AvD, sich als Gesellschafter an der Nürburgring GmbH zu beteiligen, und wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls die Bereitschaft dieser beiden Motorsportverbände?
122. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, in absehbarer Zeit die Lizenzen für den gewerblichen Güterfernverkehr zu erhöhen, und nach welchen Kriterien werden diese Lizenzen gegebenenfalls erhöht?
123. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU) Ist es heute noch möglich, daß jemand sich als Fuhrunternehmer selbständig machen kann und eine gewerbliche Güterfernverkehrslizenz zugeteilt bekommen kann?
124. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU) Warum stagniert der Ausbau der B 36 zwischen Rastatt und Karlsruhe nach Fertigstellung des Loses 1, und wann ist mit der Wiederaufnahme der Arbeiten für die Baulose 2 bis 4 zu rechnen?
125. Abgeordneter **Immer** (Altenkirchen) (SPD) Inwieweit sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, dafür zu sorgen, daß die Bauarbeiten in Fortsetzung der dritten Fahrspur im Kreuzungsbereich vor der Ortsdurchfahrt von Kircheib im Zuge der B 8 von der säumigen Firma unverzüglich wieder aufgenommen werden?

126. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen) (SPD)** Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, die Einmündungen der Ortsstraßen der Gemeinden Unkel und Erpel in die B 42, die als Unfallschwerpunkte im Kreuzungsbereich angesehen werden müssen, durch die Einrichtung von Abbiegespuren gefahrloser zu gestalten, und wann ist mit dem Beginn der Baumaßnahmen zu rechnen?
127. Abgeordneter **Jungmann (SPD)** Welche Strecken der Deutschen Bundesbahn haben bei den Verhandlungen mit der Landesregierung Schleswig-Holstein im Rahmen der DB-Netzkonzeption zur Disposition gestanden?
128. Abgeordneter **Jungmann (SPD)** Ist die Deutsche Bundesbahn bereits mit dem betriebswirtschaftlich optimalen Streckennetz in die Verhandlungen mit den Bundesländern eingetreten, wie auf Grund eines Berichts in den „Kieler Nachrichten“ vom 1. Juni 1977 „Vier Bahnstrecken sind gerettet“ von der Öffentlichkeit angenommen werden konnte?
129. Abgeordneter **Milz (CDU/CSU)** Trifft es zu, daß die Busse der Deutschen Bundespost im Bereich der jetzigen Regionalverkehrsgesellschaft Köln (RVK) in 1974 einen zweistelligen Millionenverlust eingebracht haben, und wenn ja, in welcher Höhe, und kann die Bundesregierung Angaben darüber machen, wie hoch das Defizit der RVK im Anlaufjahr 1976 sich beläuft?
130. Abgeordneter **Pfeffermann (CDU/CSU)** Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost vor Abschluß des Betriebsversuchs in den Nahverkehrstarifbereichen nicht beabsichtigt, Ortsnetze auf der Basis kommunaler Neugliederungen zusammenzufassen?
131. Abgeordneter **Conradi (SPD)** Trifft es zu, daß durch den Einstellungsstopp der Deutschen Bundespost im Postfachdienst und die Personalpolitik des Bundespostministeriums im Bereich der OPD Stuttgart in den letzten 18 Monaten ca. 500 000 Überstunden angefallen sind, und wie hoch sind die in den letzten 18 Monaten geleisteten Überstunden bei der Deutschen Bundespost im Bundesgebiet insgesamt?
132. Abgeordneter **Conradi (SPD)** Trifft es zu, daß die Überstunden durch Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte abgebaut werden könnten, im Bereich der OPD Stuttgart z. B. durch 220 zusätzliche Arbeitskräfte, und warum genehmigt das Bundespostministerium angesichts der guten Ertragslage der Deutschen Bundespost und der schwierigen Arbeitsmarktlage in der Bundesrepublik Deutschland keine Neueinstellungen im Postfachdienst?
133. Abgeordneter **Dr. Althammer (CDU/CSU)** Trifft es zu, daß die Bundesregierung im Rahmen der Verordnung über die Gewährung einer Stellenzulage an hauptamtliche Lehrkräfte beabsichtigt, bisher gezahlte Lehrentschädigungen für Ausbilder bei der Deutschen Bundespost zu streichen, und welches sind gegebenenfalls die Gründe für diese Absicht?
134. Abgeordneter **Regenspurger (CDU/CSU)** Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel für Schwerbehinderte geeignete Arbeitsplätze bereits bei der Deutschen Bundespost (DBP) durch Rationalisierung weggefallen sind oder noch wegfallen werden, z. B.

- durch den Wegfall der Rundfunkgebühreneinziehung, den Wegfall der „Besonderen Dienste“ im Postzeitungsdienst, die Einstellung des Verkaufs von Versicherungsmarken ab. 1. Januar 1977, die Aufhebung der Rentenstellen bei den Postämtern und den weitgehenden Wegfall der Barauszahlung von Renten durch Dienststellen der DBP bzw. den Einsatz fahrbarer Postämter und die Zentralisierung der Zustellung in zahlreichen politisch neugegliederten Gemeinden?
135. Abgeordneter  
**Regenspürger**  
(CDU/CSU) Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, um diesen Verlust an Arbeitsplätzen für Schwerbehinderte bei der DBP auszugleichen?
136. Abgeordneter  
**Dr. Evers**  
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die in Verantwortung der Landesregierungen durchzuführende Verwaltungsreform durch administrative Hilfe des Bundes dadurch erleichtert werden könnte, daß die Deutsche Bundespost bei Gemeindegemeinschaften die „Bindestrichregelung“ für einen längeren Übergangszeitraum akzeptiert, bei der der bisherige Gemeindegemeinschaftsname als Stadtteilname zugelassen wird, und wenn ja, wird sie sich dementsprechend einsetzen?
137. Abgeordneter  
**Dr. Evers**  
(CDU/CSU) Welche Mehrkosten würden der erfreulicherweise mit Gewinn arbeitenden Deutschen Bundespost bei einer generellen Anwendung der „Bindestrichlösung“ für einen zehnjährigen Zeitraum zusätzlich entstehen, und glaubt die Bundesregierung nicht, daß diese Mehrkosten im Sinne einer traditionsbewußten und bürgerfreundlichen Einstellung der Deutschen Bundespost durchaus gerechtfertigt werden könnten?
138. Abgeordnete  
**Frau Berger**  
(Berlin)  
(CDU/CSU) Wie hat sich der Ausbau der Direktwahl im Telefonverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR seit 1975 entwickelt, und wie hoch ist der Anteil der Telefonanschlüsse in der DDR, bei denen die Möglichkeit der Direktwahl jetzt schon besteht?
139. Abgeordnete  
**Frau Berger**  
(Berlin)  
(CDU/CSU) Haben amtliche Stellen in der DDR seit 1976 Erklärungen über den weiteren Ausbau des Direktwahlverkehrs zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR abgegeben, und wenn ja, welche?
140. Abgeordnete  
**Frau Berger**  
(Berlin)  
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, jetzt schon — technisch und rechtlich — den Empfang der Fernsehprogramme der Bundesrepublik Deutschland in allen Teilen der DDR zu ermöglichen, insbesondere im Erzgebirge und in Ost-Sachsen, ohne erst die in den achtziger Jahren zu erwartenden neuen technischen Verbesserungen durch das Satellitenfernsehen abzuwarten?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für  
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

141. Abgeordneter  
**Jung**  
(FDP)
- Sieht die Bundesregierung in der Tatsache, daß planungsleistende Gesellschaften und Einzelpersonen in zunehmendem Maße am Wohnungsmarkt mit schlüsselfertigen Objekten erscheinen, ein Unterlaufen des Koppelungsverbots von Grundstückskaufverträgen und Planungsaufträgen für Architekten und Ingenieure, und ist bejahendenfalls die Bundesregierung bereit, das Koppelungsverbot von Grundstückskaufverträgen und Planungsaufträgen über diese geltenden gesetzlichen Bestimmungen hinaus auf alle planungsleistenden Institutionen, Gesellschaften und Einzelpersonen auszudehnen?
142. Abgeordneter  
**Dr. Schmitt-Vockenhausen**  
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die vom ADAC erarbeiteten Empfehlungen zum vorbeugenden Brandschutz in Hotels, Gasthöfen, Pensionen und Fremdenheimen, und welche Verbesserungen der Brandschutzvorkehrungen beabsichtigt sie gegebenenfalls vorzunehmen?
143. Abgeordneter  
**Dr. Schneider**  
(CDU/CSU)
- Welche Hinderungsgründe stehen nach Ansicht der Bundesregierung der Verlängerung der 5-Jahresfrist des Gesetzes über die Gebührenbefreiung beim Wohnungsbau vom 30. Mai 1953 auf zehn Jahre entgegen, und bis wann ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorzulegen, um diese Frist dem in den meisten Ländern geltenden 10-Jahreszeitraum für die korrespondierende Grunderwerbsteuerbefreiung anzupassen?
144. Abgeordneter  
**Dr. Schneider**  
(CDU/CSU)
- Welche alternativen Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um anstelle des von ihr abgelehnten Vorsubmissionsverfahrens die von ihr u. a. in der Pressemitteilung Nr. 30/77 des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau vom 10. Juni 1977 eingeräumten Mißstände bei der Auftragsvergabe besonders auch von öffentlichen Baumaßnahmen ausschließen und auf einen geordneten Wettbewerb in der Bauwirtschaft einwirken zu können, und welche konkreten Beschlüsse hat der Gesprächskreis zur Verbesserung der Wettbewerbsverhältnisse auf dem Baumarkt auf seiner letzten Sitzung am 6. Juni 1977 gefaßt, um Schleuderangebote auszuschließen?
145. Abgeordneter  
**Dr. Schneider**  
(CDU/CSU)
- Wie vereinbart die Bundesregierung die Besteuerung des Nutzungswerts im eigenen Einfamilienhaus bzw. in der selbst genutzten Eigentumswohnung mit den verstärkten Bemühungen zur Eigentumsbildung im Wohnungsbau, und ist die Bundesregierung auch angesichts der Tatsache zu einer Überprüfung der entsprechenden steuerrechtlichen Bestimmungen bereit, daß das vergleichsweise geringe Aufkommen aus dieser Steuer bei weitem wieder durch den zu seiner Erhebung erforderlichen Verwaltungsaufwand aufgezehrt wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für  
innerdeutsche Beziehungen**

146. Abgeordneter  
**Dr. Kunz**  
(Weiden)  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, auf die Regierung der DDR einzuwirken, damit künftig die Rentner für ihre Reisen in die Bundesrepublik Deutschland einen höheren Geldbetrag (heute 15 Ost-Mark = 15 DM pro Jahr) umtauschen können, um ihnen einen größeren, den tatsächlichen Bedürfnissen Rechnung tragenden Betrag einzuräumen, oder wird die Bundesregierung ihrerseits, wenn ihre Bemühungen erfolglos verlaufen sollten, gegebenenfalls mit den Ländern die bisherige Bargeldhilfe für Besucher aus der DDR (zur Zeit 30 DM vom Bund und 20 DM von den Ländern) spürbar erhöhen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für  
Forschung und Technologie**

147. Abgeordnete  
**Frau**  
**Dr. Walz**  
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die in der Presse (Frankfurter Rundschau 97 vom 27. April 1977) erschienenen Untersuchungsergebnisse eines Wissenschaftlers des Energiekonzerns RWE, wonach der Wärmegehalt der Umweltluft als „vielleicht aussichtsreichste unkonventionelle Energiequelle“ bei den gegenwärtigen energiepolitischen Überlegungen zu wenig berücksichtigt wird?
148. Abgeordnete  
**Frau**  
**Dr. Walz**  
(CDU/CSU)
- Welche forschungspolitischen Konsequenzen denkt die Bundesregierung aus dem in diesen Untersuchungen genannten Zahlen- und Datenmaterial zu ziehen, insbesondere aus dem dort erhobenen Vorwurf, daß die bisher bekanntgewordenen Studien und Prognosen „zu sehr von der Energieerzeugung und zu wenig von der Anwendung ausgehen“, sowie aus der getroffenen Feststellung, daß für die Nutzung von unkonventionellen Energiequellen in erheblichem Maß Energie aus konventionellen Quellen einschließlich der Kernenergie benötigt wird, so daß durch die Verhinderung von Kernkraftwerken möglicherweise auch die Nutzung der Sonnenenergie behindert und verzögert wird?
149. Abgeordneter  
**Lenzer**  
(CDU/CSU)
- Welche ordnungspolitischen Maßnahmen des Staates (Gesetze, Verordnungen, Bauvorschriften u. ä.) stehen einer Nutzung der Sonnenenergie in der Bundesrepublik Deutschland entgegen, und was hat die Bundesregierung unternommen, um diese Vorschriften zu erfassen und gegebenenfalls eine Änderung der Vorschriften im Hinblick auf die Erleichterung der Nutzung der Sonnenenergie in der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten?

150. Abgeordneter  
**Lenzer**  
(CDU/CSU) Aus welchem Grund ist die Bundesregierung der Ansicht, daß steuerliche Erleichterungen für die Nutzung der Sonnenenergie in der Bundesrepublik Deutschland die Einführung der Sonnenenergie erleichtern, wenn gleichzeitig Vorschriften des Staates dazu beitragen, die Einführung der Solarenergie zu verhindern?
151. Abgeordneter  
**Dr. Laufs**  
(CDU/CSU) Bis zu welchem Zeitpunkt erwartet die Bundesregierung, daß eine Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente im deutschen Entsorgungszentrum möglich sein wird?
152. Abgeordneter  
**Dr. Laufs**  
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung im Fall von Verzögerungen die Zwischenlagerung von abgebrannten Brennelementen in den Abklingbecken der Kernkraftwerke oder nötigenfalls in besonderen Lagern für eine vertretbare Zwischenlösung?
153. Abgeordneter  
**Dr. Laufs**  
(CDU/CSU) Kann sich die Bundesregierung der in Frankreich vertretenen Meinung anschließen, daß die Zwischenlagerung der in Form von Glaskörpern endkonditionierten Abfälle eine weitere vertretbare Zwischenlösung ist?
154. Abgeordneter  
**Dr. Laufs**  
(CDU/CSU) Wann glaubt die Bundesregierung, aus heutiger Sicht spätestens in der Lage zu sein, die Endlagerung vorzunehmen, und damit ihrer vollen Verantwortlichkeit für die Endlagerung nach dem Atomgesetz nachkommen zu können?
155. Abgeordneter  
**Sauer**  
(Salzgitter)  
(CDU/CSU) Wann und in welcher Form gedenkt die Bundesregierung, die Bevölkerung der Stadt Salzgitter über das Vorhaben der Atommüllagerung im Schacht Konrad in Salzgitter-Bleckenstedt zu informieren?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft**

156. Abgeordneter  
**Hasinger**  
(CDU/CSU) Nach welchen gesetzlichen Vorschriften des Bundesrechts kann ein Jugendlicher, der nach dem Sonderschulabschluß sich durch einen Hauptschulabschluß weiterbilden will, finanziell gefördert werden, und hält die Bundesregierung diese Vorschriften für ausreichend?
157. Abgeordneter  
**Dr. Hüsch**  
(CDU/CSU) In welcher Weise beabsichtigt die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß in Frankreich nach einer Mitteilung des Ministre de l'Education, René Haby, die Zahl der Schüler und Schülerinnen in Frankreich, die Deutsch als zweite Fremdsprache gewählt haben, im Jahr 1964 von 207 000 auf 1976 = 403 000 angestiegen ist, während als Folge der sog. Oberstufenreform Schüler an deutschen höheren Schulen Französisch als Fremdsprache in zunehmendem Maße „abwählen“ dieser Minderung der Vermittlung der französischen Sprache im deutschen Schulwesen im Sinne des deutsch-französischen Freundschaftsvertrags entgegenzuwirken?

158. Abgeordneter  
**Dr. Schäuble**  
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Schritte beabsichtigt die Bundesregierung zu unternehmen, um auch graduierten Ingenieuren mit jahrelanger praktischer Berufserfahrung den Zugang zu Positionen bei internationalen Organisationen zu ermöglichen, um damit Chancengerechtigkeit und Durchlässigkeit der Berufslaufbahnen auch im internationalen Bereich zu ermöglichen (vgl. die Antwort der Bundesregierung auf meine Frage vom 20. April 1977, Nr. A 34, Drucksache 8/328)?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

159. Abgeordneter  
**Dr. Hupka**  
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Gewißheit darüber erhalten können, daß die 100 000 Dollar für das Namibia-Institut in Lusaka nicht für andere Aufgaben als „die Forschung und wissenschaftliche Grundlagenarbeit“ der Swapo verwendet worden sind, und worauf stützt sich diese Gewißheit?

Bonn, den 16. Juni 1977